

Bengtssund
durch Bew
urden jenseit

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsheim, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchsheim, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pöhlken, Staabnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Montag bis Mi. 4.—, Jährlich Mh. 12.—,
ohne Auslagen, Post einzgl. der Postgebühren Mh. 12.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die halbpalte Korpuszeile 20 Pf., auswärts 1.— Mk. Um-
licher Teil Mk. 2.—, Anklamzelle Mk. 2.—, Befüllungsblätter pro Hundert Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erstelldungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Auflösung entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Güntz & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Gebrauch: Amt. Naunhof Nr. 2.

Nummer 121

Mittwoch, den 12. Oktober 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Die für bissigen Ort auf das laufende Jahr aufgestellte Schöffen- und Geschworenenliste liegt vom 15. Oktober d. J. ab eine Woche lang im Meldeamtzimmer des Rathauses hier, Zimmer 11, zu jedermanns Einsicht aus.

Mit der Urliste liegt zugleich während der ganzen Dauer der Auslegung eine beglaubigte Abschrift der §§ 31 bis 34, 84 und 85 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 und des § 24 des Sachsischen Gesetzes vom 1. März 1879, die Bestimmungen zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 usw. enthaltend, zu jedermann's Einsicht mit aus. Hierauf wird noch besonders hingewiesen.

Innenhalb dieser einwohnerischen Frist kann Einsprache gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Liste erhoben werden.

Naunhof, am 11. Oktober 1921. Der Bürgermeister.

Landkrankenkasse Naunhof.

Vom Hygiene-Museum Dresden wird in Grimma gemeinsam mit dem Wohlwesenamt der Amtshauptmannschaft Grimma in allerhöchster Zeit eine Wanderausstellung für Schwangere- und Kleinkindersorge veranstaltet, bei welcher auch Kurse über Pflege und Erziehung des Kindes veranstaltet werden. Die Kurse sind besonders auch für Frauen, für junge und werdende Mütter bestimmt.

Mitglieder der unterzeichneten Kasse können diese Veranstaltungen zu ermäßigten Preisen besuchen. Sie erhalten hierzu von der Kasse Bescheinigungen. Der Preis für die Karte zum Besuch der Ausstellung beträgt dann 50 Pf. und für eine Teilnahmeurkarte zum Kurkurs 3 Mk.

Meldungen hierzu werden umgehend erbeten.

Naunhof, am 10. Oktober 1921.

Der Vorstand.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4%. Übertragungen durch unser Postscheckkonto Leipzig No. 10783 spesenfrei. — Geschäftszzeit 9—1 Uhr.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler ist wegen der alarmierenden Nachrichten über die angebliche Entscheidung über Oberschlesien von seinem Urlaub vorzeitig nach Berlin zurückgekehrt.

* Der deutsche Außenminister Dr. Noske hatte eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter in London, Ethan..., über die oberschlesische Frage.

* Die Unabhängigen lehnten die Beteiligung an der Regierung ab, sogenannte aber unter gewissen Bedingungen eine Unterstützung der Regierungspolitik zu.

* Briand hält eine große Rede über die politische Lage und über die Zahlungspflichtigkeiten Deutschlands.

* In der östlichen See ereignete sich ein Dampferzusammenstoß. Drei Fahrgäste und dreizehn Mann der Besatzung waren vermisst.

* Branting hat die Berufung zur Bildung des schwedischen Kabinetts angenommen.

11 Uhr 59 Minuten.

Genl. Die Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien, die noch in dieser Woche bekannt werden soll, scheint auf eine Neutralisierung des Industriegebietes hinauszulaufen.

Schneller, als ursprünglich vorgesehen war, ist der deutsche Reichskanzler von seiner Urlaubsreise ins Badische wieder nach Berlin zurückgekehrt. Die Sorge um Oberschlesien hat ihm keine Ruhe gelassen, denn nach allem, was man aus Genf hört, soll der Völkerbundsrat zu einer Entscheidung gekommen sein, die auf nichts anderes als auf eine unehrenvolle Beteiligung Oberschlesiens hinauskommt. Noch einmal, ehe er die Rückreise antrat, erhob der Reichskanzler seine warnende Stimme. „Er weiß nicht,“ sagte er im Katholischen Arbeiterverein von Offenburg, „ob ein Gestaltungswandel bei den Alliierten eingeraten sei, oder ob man etwas Lust verspüre, ein neues Land im Osten zu konstruieren, über das in Deutschland noch nach Jahrhunderten geträumt werden würde. Heute wäre noch eine Verständigung mit dem polnischen Volke möglich; in Warschau habe jedoch die Vergroßerungswut die Geister verblendet. Soll zwischen das deutsche Volk und das polnische Volk ein verpestender politischer Leichnam gelegt werden? Man müsse Deutschland nicht enttäuschen, gerade nicht um des demokratischen Prinzips in Europa willen.“ Der Kanzler mahnte abermals in diesem Zusammenhang wenigstens zur innerpolitischen Einigkeit, wenn schon die Aussichten für bessere Beziehungen zwischen den Völkern sich immer noch nicht günstiger gestalten wollten. Wer das deutsche Volk in zwei feindliche Heerläger setze, arbeite für den

Bürgerkrieg, der das Ende des Reiches bedeuten müsse. Damit verband er auch bei dieser Gelegenheit das persönliche Vertrauen, daß, wenn es zu diesem Unglück kommen sollte, sein Herz für das Heerlager der Arbeiter schlagen werde. Aber man müsse alles tun, um es nicht zu dieser Zersetzung der Nation kommen zu lassen.

Wenn es in Genf zu der Entscheidung über Oberschlesien kommt sollte, die dem Kanzler und dem ganzen Volke jetzt die größte Sorge macht, dann würde sich die deutsche Regierung einer Niederlage ausgesetzt sehen, die ihre Hörigkeit ernstlich in Frage stellen müßte. Man weiß, daß die Unterzeichnung des Ultimatums im Mai d. J. nur möglich war, weil der Reichstag am 1. August festgestellt wurde, daß man nur so zu einer Aufhebung der Sanktionen und zu einer für Deutschland einigermaßen günstigen Entscheidung über Oberschlesien gelangen könne. Vor den Sanktionen ist zunächst nur der wirtschaftliche Teil viele Monate nach der Unterzeichnung des Ultimatums aufgehoben worden, die Oberschlesische Frage aber ist vom Jahrzehnt auf den Sommer, vom Sommer auf den Herbst verschleppt worden, und endlich glaubte man mit der Verwirrung an den Völkerbundsrat einen Weg gefunden zu haben, der einigermaßen unparteiische Prüfung ermöglichen könnte. Statt dessen heißt es jetzt, der Völkerbundsrat wolle im großen und ganzen die berüchtigte Sorgza-Linie seiner Entscheidung zugrunde legen und daneben eine über nationale Organisation vorschlagen, deren Aufgabe darin zu bestehen hätte, die wirtschaftlichen Folgen dieser Entscheidung nach Möglichkeit wieder ungeschehen zu machen. Ob das freilich wirklich der Weisheit letzter Schluss sein soll, schwebt noch im Dunkeln. Das Geheimnis von Genf ist noch nicht zuverlässig gelüftet, aber Dr. Wirth hätte schwerlich die Öffentlichkeit alarmiert, wenn er nicht Grund besäße, an die Möglichkeit eines solchen Unrechts zu glauben.

Auch den Ententeregierungen scheint nicht ganz wohl zu sein bei den Entscheidungen, die sich in Genf vorbereiten, man spricht bereits von einem Konflikt, der unter ihnen im Anzuge sei, von einem Einspruch Englands, daß nun doch wieder die lezte Entscheidung für den Obersten Rat vorbehalten seien möchte. Aber beiden wird das alles wohl nichts, eine Entscheidung muß endlich getroffen werden, und wenn sie wirklich so ausfallen sollte, daß ein Schrei des Entsetzens sich darüber in Deutschland erheben müßte, so wird die Entente sich sagen müssen, daß sie es gewesen ist, die diesen Weg beschritten hat, und daß sie infolgedessen auch die Verantwortung für alles Unheil tragen muß, das danach eintreten wird. Hatte man das Ergebnis der Volksabstimmung vom 20. März der Entscheidung zugrunde gelegt, so hätte man den moralischen Boden nicht unter den Füßen verloren. Wenn statt dessen noch die Machtkräfte den Ausschlag geben sollen, so wird für Oberschlesien ein Zeitalter anbrechen, das durch Blut und Elend gekennzeichnet ist. Zugleich wird damit eine der wesentlichen Voraussetzungen hinfällig werden, unter denen Deutschland die Verpflichtungen des Ultimatums übernommen, unter denen es auch jetzt den Pakt von Bielobad geschlossen hat. Dann wird keine Regierung mehr imstande sein, sich das Wohlwollen des Herrn Briand zu erringen, dann kann man sich jede weitere Arbeit um den Wiederaufbau der deutschen und der europäischen Gesamtwirtschaft wünschen.

Noch ist die Entscheidung anscheinend nicht endgültig gefallen, noch besteht vielleicht die Möglichkeit, daß die Machthaber der Entente, die heutigen Herren der Welt, sich eines Besseren bestimmen, ehe sie Oberschlesien, Deutschland und Europa durch eine ungerechte und verbängnisvolle Lösung des oberschlesischen Problems in neue unübersehbare Wirrnisse stürzen. Aber wenn das geschehen soll, muß es bald getan sein. Die Uhr der weltpolitischen Entscheidungen zeigt wieder einmal eine Minute vor zwölf.

Der Neutralisierungsplan.

Über die Einzelheiten des angeblich beabsichtigten Vorschlags des Völkerbundsrates, der offenbar nicht ohne Zustimmung der alliierten Regierungen selbst zu stande zu kommen scheint, verlautet, daß danach das Industriegebiet für eine Reihe von Jahren mit einer gemeinsamen deutsch-polnischen Verwaltung unter die Oberaufsicht des Völkerbundes gestellt werden soll. Man glaubt, durch eine solche Verteilung viele Unannehmlichkeiten einer Teilung zu vermeiden. Bewahrheitet sich diese Nachricht, die selbstverständlich nur unter allem Vorbehalt wiedergegeben wird, so würde also damit zu rechnen sein, daß auf dem Gebiet östlich der Westgrenze der Kreise Tarnowitz, Töpfer und Rybník für etwa 15 oder 20 Jahre ein „neutraler Staat“ geschaffen werden würde, der von Deutschland und Polen gemeinsam verwaltet werden soll.

4000 Milliarden Papiermark.

Briand berechnet unsere Schulden. Da die französischen Kammerversammlungen binnen kurzem wieder beginnen werden, so hat der französische Ministerpräsident Briand Gelegenheit genommen, bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Banquet in St. Raphaël eine Rede zu halten. Er will damit der zu erwartenden Kritik von vornherein begegnen und steckt diese Absicht in die Worte, „einer schönen republikanischen Tradition auf folge wolle er vor der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten seine Gedanken zum Ausdruck bringen und die Richtlinien mitteilen, nach denen er die Politik zu orientieren gedenkt.“ Der interessanteste Teil seiner Aus-

führungen galt den wirtschaftlichen Fragen, die der Friedensvertrag aufgeworfen hat. Er sagte, die Forderung an Deutschland habe, nachdem sie einmal festgestellt worden sei, einer Zahlung entsprochen, die alle Voraussetzungen überschreite.

Die Zahlungsdoppelbelastung Deutschlands betrug 123 Milliarden Goldmark. Sie habe zur Zeit der Festlegung einer Summe von 250 Milliarden Papiermark entsprochen. Vor einem Monat sei sie auf 2600 Milliarden, heute auf 4000 Milliarden Papiermark angewachsen. So änderten sich die Zahlungsmöglichkeiten. Wie könne man da sagen, daß Frankreichs Forderung verstimmt wurde? Die Wahrheit sei, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker voneinander die Notwendigkeit erzeuge, die Schwankungen des Wechselskurses zu extragen.

Die Völker, deren Wechselskurs am höchsten sei, sandten in ihrem Reichstum selbst die Ursache der Verarmung, während Deutschland gerade in dem schlechten Stand seiner Wirtschaft stand, die Bedingung finde, die seine wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt begünstige. Angesichts einer solchen Lage müßten die Großindustriellen und die großen Finanzhäuser der Welt das Bedürfnis fühlen, solidarisch zu sein im Interesse aller Länder, da die Tage niemals das völlige Gleichgewicht wiederherstellen könnten, wenn die Weltsolidarität nicht bissige Hand biete. Briand verteidigt sie.

Weniger zur Erläuterung der politischen Lage als mehr zu seiner eigenen Rechtfertigung sagte Briand weiterhin u. a.: Man vergesse auch, daß die Forderung Frankreichs durch das Schwanken des Wechselskurses ungeheuer vermehrt worden sei. Wie könne man da behaupten die Forderung Frankreichs sei verstimmt worden und die Regierung habe nicht ihre Schuldigkeit getan? Während der Friedensverhandlungen habe Frankreich Konzessionen machen müssen. Wenn also die Franzosen, welche die Friedensverhandlungen geführt hätten, gewissen gewesen seien, sich damit abzufinden, dann müßten sie begreifen, daß er, der erst zwei Jahre nach Abschluß des Wallensteinschen Instrument in Händen zu haben, kein vollkommenes Werk habe schaffen können. Wie sein Vorgänger habe er, um die Ausführung des Friedensvertrages möglich zu machen, das Einverständnis der Alliierten handeln müssen; ohne diese Solidarität wäre die Ausführung des Vertrages unmöglich. Aber niemals nome Frankreich alles erlangen, was man ihm schulde, weil es Dinge gäbe, die man nicht bezahlen könne.

Frankreich müsse geräuscht bleiben, so lange seine Sicherheit nicht gewährleistet sei. Frankreich habe ein Recht auf Reparationen und auf seine Sicherheit. In dieser Hinsicht werde die Regierung keinen Augenblick schwanken. Die französische Regierung habe Vertrauen zu der gegenwärtigen deutschen Regierung. In der Kammer werde er sich aussprechen haben. Wenn ein genialer Geist das Geheimnis behält, alles besser zu machen, als er, so werde er ihm sofort den Platz räumen. Er sieht nicht an seinem Posten, aber bis zu diesem Zwecke und so lange er das Schiff noch nicht im sicherer Hafen habe, wolle er die Hand am Steuer behalten.

Die französische Presse beschreibt Briands Ausschüttungen durchaus zufrieden. Es wird erklärt, daß die Sprache Briands vom ganzen Lande begeistert begrüßt werden müsse. Der Ministerpräsident habe sich an die gesunde Vernunft und an den guten Willen aller französischen Bürger gewandt und ein Programm der Klugheit und Entschlossenheit vorgelegt. Tatsächlich scheint es, daß Briand sich in die Notwendigkeit versetzt sah, eine neue, vernünftigere und vernünftigere Politik gegen Deutschland zu verteidigen.

Die unvermeidliche Koalition.

Stresemann über Politik und Wirtschaft.

Auf dem niederrheinischen Parteitag der Deutschen Volkspartei in Wesel erklärte Abg. Stresemann in bezug auf die Regierungsbildung: Die Aufgabe, ein sachliches Programm aufzustellen, auf das die breite Koalition sich aufzubauen könne, sei zum größten Teil gelungen, dagegen hervorhebe in der Frage der Ausbringung der finanziellen Mittel noch eine Differenz der Ansprüche mit der Sozialdemokratie, die aber nicht unlösbar erscheine. Der Gedanke der breiten Koalition sei aber so unbedingt der Ausfluss politischer Notwendigkeit, daß er sich durchsetzen werde, auch wenn der Weg zur Erfüllung des Ziels noch über mancherlei Enttäuschungen führen würde. Es sei eine ganz falsche Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei es als ihre Aufgabe ansiehe, die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen unmöglich zu machen. Vielmehr müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um so viel zu leisten, wie die deutsche Wirtschaft überhaupt herzugeben in der Lage sei. Der Grundgedanke des Weißboden-Abkommen, die Befreiung durch Sachleistungen zu erreichen, sei zu begrüßen, bringe aber keine grundlegende Besserung, weil uns diese Sachleistungen nur zu 35 Prozent angerechnet würden. Das ganze Gebiet der Reparationsleistungen müsse auch anderen Ländern gegenüber mehr auf *sozialdemokratische* Sachleistungen aufgebaut werden.

Gegen die Panik in Österreich.

Die Regierung beruhigt.

Aus Wien wird gemeldet: Die Regierung wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung Österreichs gegen die Panikstimmung. Die Umfragepläne seien ausgeschlossen. Der Ernst der Lage werde von der Regierung keineswegs verkannt, es müsse jedoch festgelegt werden, daß die Bevölke-

tung sich nicht von der Panikstimmung übermannen lassen dürfte. Die Lage Österreichs sei gewiß unerträglich, aber keineswegs hoffnungslos. Sie würde erst hoffnungslos werden, wenn Österreich sich selbst aufgebe, wozu aber kein Grund vorhanden sei. In der burgenländischen Frage beharrte Österreich auf seinem Recht. Die Kreditaktion nehme trotz der Verschiebung ihres Fortgangs binnen ganz kurzer Zeit werde das Volkselend wirksam bekämpft werden.

Die Wiener Polizei wendet sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung und warnt vor allen Angstfählen. Sie kündigt die strengsten Maßnahmen gegen alle Arien von Freitreiberei an.

Einbruch der Ungarn in Niederösterreich.

Ungarische Banden beschossen die Leibabfälle bei Wiener-Neustadt (80 Kilometer südlich von Wien) und richten Maschinengewehre gegen das Schloß und die Ortschaft Eichbüchl. Die Bewohner des Ortes flohen nach Wiener-Neustadt. Der Reichswehr ist es gelungen, die Banden wieder zu vertreiben. Der Stadtrat von Wiener-Neustadt hat von der Regierung eine Verstärkung des Grenzschutzes verlangt.

Keine Getreides- und Kartoffel-Ausfuhr

Unbegründete Besorgnisse.

Selbst einigen Wochen wird die Bevölkerung durch Gerüchte beunruhigt, wonach durch Agenten ausländischer Firmen oder durch gewissenlose einheimische Aufsteller Getreide und Kartoffeln in großen Mengen ins freie Handel aufgelaufen und über die West- oder Ostgrenze

ins Ausland verschoben

werden. Die Befürchtung geht weiter davon, daß durch solche Verschiebungen nicht nur die für die eigene Versorgung Deutschlands unzureichende Inlandsernte geschmälert wird, sondern daß auch dadurch die Landpreise für Kartoffeln und freies Getreide ohne innere Berechtigung in die Höhe getrieben werden. Wie aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitgeteilt wird, beruhen die zu Beginn des neuen Erntejahrs beobachteten Preisstrebereien auf dem Getreide ins Ausland, sondern erläutern sich vor allem aus den geringen zunächst auf den Markt gelangten Mengen von Inlandsgetreide und dem in der ersten Zeit allgemein vorhandenen Bestreben, sich nach Möglichkeit sofort mit Getreide einzudecken. Mit dem Fortschreiten der Ernte und dem größeren Zustrom von Getreide an den freien Markt haben sich auch

die Preise wieder gesenkt

und werden schließlich eine normale Höhe annehmen, soweit nicht unberechenbare Wirtschaftsschwankungen diese Entwicklung föhren. Solche störenden Momente sind im gegenwärtigen Augenblick durch den starken Sturz unserer Währung wahrnehmbar und haben ein zeitweises Wiederanziehen der Inlandsgetreidepreise bewirkt.

Die Ausfuhr von Getreide, Mehl und Kartoffeln ins Ausland wird grundsätzlich nicht genehmigt; Ausnahmen im gewissen die Inlandsgesetze nicht schädigenden Umfang für Saatgut, sowie für im Bereitstellungsverkehr hergestelltes Mehl werden nur unter bestimmten Sicherungsmaßnahmen gemacht. So bekommen nach den verschärften neuen Vorschriften auch dann, wenn im Einzelfall die Ausfuhr von Saatgut, Kartoffeln oder von im Bereitstellungsverkehr hergestellten Mehl zugelassen wird,

Privatpersonen überhaupt keine Ausfuhrchein.

Mitteilungen über mutmaßliche Verschiebungen von Getreide und Kartoffeln ins Ausland sind den Behörden in großer Zahl zugegangen. Es hat sich jedoch in keinem einzigen Falle ein greisbares Anholt dafür ergeben, daß betrügerische Ausläufe zum Zwecke der Verschiebung ins Ausland erfolgt sind. Grundsätzlich muß aber, soweit die freie Wirtschaft wieder eingeführt ist, dem befreuten Handel die Befreiung zugesehen, auch außerhalb seines Lieferungsbereiches Lebensmittel und Waaren auszuführen, um sie in die deutschen Bedarfsmärkte zu überführen. Wo Anzeichen für einen Missbrauch bestehen, sind besondere Überwachungsmaßnahmen angeordnet. Bei festgestellten Zuwendungsbedingungen werden mit allem Nachdruck die scharfen Strafbestimmungen für verbotswidrige Ausfuhr, die in schweren Fällen Juchthausandrohen, angewandt werden.

Eine bedeutsame Ausnahme.

Dass die vorliegenden amtlichen Erklärungen leider nicht auf das ganze Reichsgebiet in vollem Umfang zutreffen, beweist eine Befragung aus dem betroffenen Gebiet. Danach benutzen jetzt Schleiferfirmen den niedrigen Stand der deutschen Währung, um bedeutende Mengen Kartoffeln aus den betroffenen rheinischen Gebieten nach Frankreich und Belgien auszuführen. Es handelt sich um zwei Firmen in Aachen und Köln, die 300 Tonnen Kartoffeln nach Belgien und 20 Tonnen Kartoffeln nach Frankreich verschoben haben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Lubendorff-Spende.

Aus Anlaß der Angriffe eines rechtsextremen Blattes gegen die Regierung, in denen der Verdacht ausgeworfen wurde, 100 Millionen aus der Lubendorff-Spende seien für sozialdemokratische Wahlpropaganda verwendet worden, nimmt das Reichsarbeitsministerium Gelegenheit zu folgenden Feststellungen: Die im Jahre 1918 von dem Reichsausschuss der Kriegsbeschädigtenfürsorge unter dem Namen Lubendorff-Spende aufgebrachten Mittel — rund 160 Millionen Mark — sind zum überwiegenden Teil gar nicht nach Berlin oder an eine Zentralstelle geflossen, sondern in den Ländern bzw. Provinzen verblieben, in denen sie gesammelt wurden. Sie wurden und werden hier von den Haupthilfsstellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge lediglich zur Ergänzung, nicht aber zur Entlastung der Reichs-, staatlichen und kommunalen Fürsorge verwandt. Dabei wirken die Kriegsbeschädigtenorganisationen mit. Nur ein Bruchteil der Sammlungsbeiträge wurde und wird als Reichsausgleichsfonds zugunsten allgemeiner deutscher Kriegsbeschädigtenverwaltung verwandt. Der Reichsauschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist der Rechtsnachfolger des alten Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge und gemäß dem Gesetz vom 8. Februar 1919 dem Reichsarbeitsministerium angegliedert. Hieraus hervor, die Mittel der Lubendorff-Spende zur Finanzierung der Wahlpropaganda zu verwenden. Die abgelaufenen deutschen Schiffe.

Wie die Pariser Zeitung "Tempo" mittelt, wurde Deutschland durch den Schiedsrichter für die an Frankreich abgelieferten Schiffe und Hafeneinrichtungen auf Re-

parationskontos die Summe von 15 450 000 Goldmark gutgeschrieben; die an die Tschechoslowakei auf der Donau abgetretenen Schiffe sind mit 338 940 Goldmark bewertet worden, die Schiffe auf der Elbe mit 8 350 000 Goldmark.

Richt Anschluß, sondern Kartoffeln.

Entgegen den Nachrichten, die an die Anwesenheit einer Tiroler Abordnung in Berlin die Vermutung nahelegen, daß es sich hierbei um die Annahme einer neuen separatischen Bewegung in Tirol handele, melden die "Innsbrucker Nachrichten", daß wohl eine Abordnung von drei Beamten des Landwirtschaftsministeriums in Berlin und München geweilt habe. Sie habe jedoch nur wegen einer Befreiung Tirols mit Kartoffeln verhandelt.

Spanien.

X Erfolge in Marocco. Von amüslicher spanischer Stelle wurde die Lage in Marocco als günstig bezeichnet. Die Auflösung der marokkanischen Heerhaufen mache Fortschritte. Die Wirkung der letzten spanischen Erfolge über die Rebellen verstärke sich. Einige Stämme scheinen zur Unterwerfung geneigt. Andere haben sich über den Erfolg lustig gemacht.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Vom Preußischen Staatsministerium ist ein Generalgesundheitsrat neu geschaffen worden. Er ist eine Deputation zur Beratung des Staatsministeriums, insbesondere des Minister für Volkswirtschaft, in allen Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens und der sozial-dogmatischen Fürsorge. Er ist zugleich Gütertausch für örtliche Fragen in Rechtsstreitigkeiten.

München. Der Arzt und Volkswirt Heinrich Wilhelm Schiele aus Raumburg, einer der Kopf-Putsch-Führer, ist in München festgenommen worden.

Dortmund. Die Erzberger-Bünde von Rheinland und Westfalen traten zu einer Delegationssitzung zusammen. Es erfolgte die Gründung eines Verbandes der Erzberger-Bünde Deutschlands. Die Herausgabe eines Verbandsorganes wurde beschlossen. Der Verband zählt mehrere tausend Mitglieder.

Wien. Der neue Finanzminister hatte eine Unterrichtung mit den Vertretern der Wiener Banken bezüglich der geplanten Aufnahme einer Anleihe von 250 Millionen Kronen.

Brüssel. Nach einer Statistik sind im Monat September vom Hafen von Antwerpen aus 3762 Personen nach Nordamerika ausgewandert, darunter über 2200 Polen und 32 Deutsche; im letzten Quartal insgesamt 3343 Polen, 1324 Russen, 975 Tschechen, 268 Belgier und 51 Deutsche.

London. "Daily Telegraph" erhält aus Alahabat, daß die auständischen Moplahs als Hindus, Männer, Frauen und Kinder niedermehlten. Der Führer der Auständischen Plane die Errichtung eines Moplah-Königreichs in Einad.

Über den Parteien.

Die Antwort der Unabhängigen.

Die seit etwa einer Woche völlig zum Stillstand gekommene Koalitionsfrage war zuletzt auf ein ganz anderes Gleis geschoben worden, indem die Sozialdemokraten die Auseinandersetzung der Unabhängigen zur Regierung anregten. Daraushin hatten die beiden bürgerlichen Regierungsparteien einige Vorfragen gestellt, besonders ob die Unabhängigen grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit der Volkspartei bereit seien. Diese Fragen wurden den Führern der USPD, von den Mehrheitssozialdemokraten übermittelt, worauf jetzt die Antwort der Unabhängigen eingegangen ist. Nachdem der Vorwärts selbst die bürgerlichen Fragen als "Schere" bezeichnet hatte, konnte es kaum zweifelhaft sein, daß die Antwort der USPD ablehnend ausfallen mußte. Es schreibt denn auch der Abg. Grisspien an die SPD, die Frage nach der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit habe keine praktische Bedeutung mehr, da zwei von den drei Koalitionsparteien nur eine Kabinettsvertragsvereinigung nach rechts wünschen und nicht nach links. Dagegen versichern die Unabhängigen, daß sie die jetzige Regierung wie bisher so auch weiter, auch ohne direkte Mitarbeit, loyal unterstützen würden, wenn die Regierung an einer Politik festhalte, die den bekannten sozialistischen Ansprüchen in bezug auf das Steuerprogramm und die Reparation entspreche.

Das Ziel der Mehrheitssozialdemokraten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei veröffentlicht in der Form eines Aufrufs einen Rückblick auf die Verhandlungen des Parteitages und eine Rechtfertigung der in Görres gesuchten Beschlüsse, insbesondere des Beschlusses über die Regierungsbildung. Durch seinen Beschluss zur Frage der Regierungsbildung, so heißt es in dem Aufruf, hat der Parteitag dem Parteivorstand die Bewegungsfreiheit gegeben, deren er bedarf, um die Interessen der Partei und des arbeitenden Volkes nach allen Seiten hin noch bestem Willen und Gewissen zu vertreten. Das Ziel der sozialdemokratischen Partei ist die Errichtung einer sozialistischen Regierung. Koalitionspolitik treibt sie nur unter dem Zwange der Rot, nicht einer der bürgerlichen Parteien zu siegreichen.

Ein Fehler.

Auf dem Landesparteitag der württembergischen Sozialdemokraten sprach der Abg. Heymann über die württembergische Politik. Aus seiner Rede flang heraus, daß es die Sozialdemokratie in Württemberg heute als einen Fehler betrachte, aus der Regierung ausgetreten zu sein. Der Vorsteher der Partei, Hermann Müller, erklärte in einem Referat über die politische Lage im Reich: Eine Koalitionspolitik sei heute das einzige mögliche. Wirth und Rathenau trieben die zurzeit einzige mögliche Politik. Entscheidend für eine fünfjährige Koalition sei, daß ein gemeinsames Steuerprogramm gefunden werde.

Ein Demokrat über Parlamentarismus.

Der demokratische Reichsminister a. D. Hugo Preuß, einer der Väter der gegenwärtigen Reichsverfassung, schreibt über die Probleme der parlamentarischen Regierungsbildung u. a. folgende für die demokratischen Grundanschauungen wichtige Sätze:

Parlamentarische Regierung heißt nicht, daß das Parlament oder seine Fraktionen in ihrer vielfältigen Unverantwortlichkeit unmittelbar regieren, sondern daß eine Regierung klar verantwortlicher Persönlichkeiten besteht, deren Stärke vor Ausland und Inland darin wurzelt, daß sie die anerkannten Führer der im Parlament organisierten herrschenden öffentlichen Meinung ihres Volkes sind. Der tragende Gedanke des ganzen Parlamentarismus: starke Führung und persönliche Verantwortlichkeit des Führers darf gerade an dem spätingen Punkt der Regierungsbildung nicht ausgeschaltet werden. Die Gegner des Parlamentarismus stellen ihm gern ihr Ideal des "starken Mannes" entgegen. Der trägt Helm und Schwert und steht auf schmaubendem Hob. Er würde, wenn er zur Macht käme, und nur noch durchbarbar hineintreten. Doch auch der Parlamentarismus fordert zu seiner Entfaltung die starken Persönlichkeiten; nur leben sie

anders auf und arbeiten in völlig anderer Art. Der verantwortungsbewußte und verantwortungsbereite Führungswahlrecht parlamentarischer Staatsmänner bedarf allerdings die berufliche Demokratie, um sich im Innern zu kontrollieren und sich dem Ausland gegenüber wieder emporzuwerden."

Die Last der Besatzungskosten.

Die Ausgaben der Alliierten für die Besatzungstruppen in Deutschland haben in der Zeit vom 11. November 1918 bis zum 30. April 1921 folgende Summen (abgerundet) erreicht:

Vereinigte Staaten	278 Mill. Dollar
Frankreich	230
England	53
Belgien	879
Italien	15

Die Kosten stellen sich für einen französischen Soldaten auf 15,25 Franc.

• englischen . 14,00 Schilling

• belgischen . 16,50 belg. Franc

• amerikanisch . 4,50 Dollar

• italienischen . 23,00 Itali. Franc

In ihrer letzten Sitzung hatte die Reparationskommission, entsprechend dem Verlangen Frankreichs infolge des Kredits des Frank, beschlossen, daß die Besatzungskosten in Goldmark umzurechnen seien, und zwar zum Durchschnittspreis, der während dreier Monate maßgebend war. Das ergibt folgendes:

Vereinigte Staaten	1 167 Mill. M.
Frankreich	1 276
England	991
Belgien	195
Italien	10

Insgesamt 3 639 Mill. M.

Seit dem 30. April ist nun beinahe schon wieder ein halbes Jahr vergangen, sobald die Kosten weiter ins Unermessliche steigen.

Kritik an Wiesbaden.

Stimmen aus der Industrie.

Nach Berliner Blättermeldungen macht sich im meisten Kreisen der deutschen Großindustrie die pessimistische Beurteilung des Wiesbadener Abkommen stärker geltend. Man meint, daß das Abkommen um den Preis einer augenblicklichen Entspannung Deutschlands mit neuen Lasten belastet, die über die Londoner Reparationszuschläge noch hinausgehen. Man weiß im Gegensatz zu den Ausschreibungen, die in Paris geltend gemacht werden, darauf hin, daß die Mehrbelastung für die viereinhalb Jahren, da das Wiesbadener Abkommen läuft, 135 Milliarden Papiermark, also eine Jahresbelastung von 35 Milliarden Papiermark mehr ausmacht. Die Umwandlung der Preise aus Geld- in Sachgüterleistungen seien um diesen Preis viel zu hoch bezahlt, da die deutsche Industrie nicht in der Lage sei, den Gegenwert ihrer Leistungen dem Reich so lange vorzutragen, so daß eine noch stärkere Anspannung der Roten Presse die Folge sein muß. Die Reparationskosten seien auch auf diesem Wege nicht zu bezahlen, ohne die Entwicklung der Mark weiterzutreiben. Das Abkommen sei nur für die französische Industrie günstig, der es erlaubt, die von der deutschen Industrie freiwerdenden Märkte — weil die Anspannung für die Sachleistungen des Abkommen solche Märkte freimachen muß — zu erobern.

Biehsteuerung oder Fleischsteuerung?

Massenauflösung über die wahren Ursachen der Fleischsteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt sind nicht mehr je das Gebot der Stunde. Der Friede zwischen Stadt und Land, zwischen Verbrauchern und Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte setzt völlige Klarheit über diese Dinge voraus. Die Landstände, die sich erstmals mit Anklagen an den Berliner Lüftschäulen über die Preiserhöhung äußerten, haben nunmehr auf gleiche Weise auch die Dauphine für das Angreifen der Fleischpreise eingesetzt. Sind die Landwirte schuld an den hohen Fleischpreisen? Nein! — Die Landwirte erhalten durchschnittlich beim Verkauf zurzeit pro ein Pfund Lebendgewicht für Rinder 3,80 bis 4,50 Mark, für Schweine 1,10 bis 1,20 Mark. Die Preise für die Lebendgewichte entsprechen übereinstimmig den Durchschnittspreisen beim Großhandel: für ein Pfund Schlachtwicht sind 7,60 bis 9 Mark, Schwein 13,75 bis 15 Mark.

Auf die Preise des Einzelverkaufs ist die Landwirtschaft ohne Einfluß!!! Die Fleischpreise sind zurückgegangen, die Fleischpreise nicht. Dies wird bestätigt durch folgende Äußerungen von nichtgarantischer Seite:

1. Der Preußische Staatskommissar für Vollversorgung hat unter dem 25. August d. J. in einem Erlass an die Provinzial-Regierungen sich gegen die unnatürliche Spannung zwischen den Lebendviehpreisen und den Fleischlebendgewichtspreisen gewendet und zur Beseitigung dieses Missstandes mit allen Mitteln aufzuhören!

2. Der Preußische Minister des Innern hat, an diesen Erlass anknüpfend, sich erneut an die Regierung-Präsidenten gewendet und sie aufgefordert, die unnatürliche Spannung zwischen den Lebendviehpreisen und den Fleischpreisen im Kleinhandel durch geeignete preisregulierende Maßnahmen zu bekämpfen!

3. Selbst der "Vorwärts" schreibt in seiner Nummer 398 vom 24. August d. J.: „Obwohl die Landwirte infolge Rüttelmangels durch anhaltende Trockenheit geplagt waren, ihr Vieh sehr billig zu verkaufen, hat sich weiter auf Fleischpreisen noch bei den Fleischern ein nennenswerter Preisrückgang des jüngsten Interesse entgegengestellt.“

Die Beurteilung durch den Jungen Sozialdemokraten ist, daß die Regierung durch die Rüttelmangels durch anhaltende Trockenheit geplagt waren, ihr Vieh sehr billig zu verkaufen

Rab und Fern.

O Weitere Fernsprechgebühren erhöhung? In Berlin verlautet, daß ebenso wie die Postgebühren auch die Fernsprechgebühren demnächst abermals erhöht werden sollen, und zwar wird von ungefähr 20 Prozent gesprochen. Eine Bestätigung von zuständiger Seite war bisher nicht zu erlangen.

O Münchener Opferfest. Der Trauer- und Opferfesttag für die im Weltkriege gefallenen 13 000 Münchener gefielte sich, wie aus München berichtet wird, zu einer einbruchsvollen Kundiung. Die Stadt hatte schwarzen Flaggenstund angelegt. Der Traueraufzug auf dem Königsplatz wurde mit Fanfarenklängen und Musikvorträgen eingeleitet. In den Ansprachen wurde die ernste Bedeutung des Tages hervorgehoben, und man lobte, für die Hinterbliebenen und Kriegsinvaliden nach besten Kräften zu sorgen. Der Ertrag des Opferfestes ist zur Schaffung eines Ehrenmals für die Gefallenen und zur Unterstüzung bedürftiger Opfer des Krieges bestimmt.

O Heimische deutscher Kriegskinder. Der leichte Rücktransport von deutschen und österreichischen Kriegskindern, etwa 500 an Zahl, ist von Stockholm abgegangen. Hiermit ist die schwedische Hilfsräte für Kriegskinder beendet.

O Wie man die Mutter los wird. Um ein freies Leben führen zu können, bat in München ein 17jähriger Klempnerlehrling seine Mutter bei der Polizei des Mordes beschuldigt. Auf seine Aussage, daß seine Mutter einen Herrn ermordet und in einer Nische vergraben habe, nachdem sie ihm 3000 Mark geraubt hatte, wurde die Frau verhaftet. Schließlich gestand der Junge, daß er alles erfunden habe, um seine Mutter los zu werden.

O Wichtige Ausgrabungen auf Hügeln. Auf der Insel Rügen wurden bei Uetze, wo einst die heidnische Zaromarsburg stand, Ausgrabungen vorgenommen. Neben Bruchstücken von Hausrerikten, Waffen, Knochen von Tieren wurden Fundamente von Wohnhäusern und einige Feuerstellen freigelegt. Ebenso konnten die Grundsteine des Swantewittempels aufgedeckt werden.

O Zugunfall in Bodenbach. In der Station Bodenbach (Wöhren) ereignete sich ein schweres Zugunfall. Ein Weichenwärter hatte vergessen, vor dem Einfahren des Dresdener Schnellzuges in den Bodenbacher Bahnhof die Weiche richtig zu stellen, wodurch der Zug auf ein falsches Gleis kam und in eine Verschubgaritur hineinfuhr. Beim Zusammenprall wurden mehrere Eisenbahnwagen zertrümmt. Sechs Personen wurden schwer verletzt.

O Wetterlaune. Während aus New York berichtet wird, daß dort jetzt der erste Schnee gefallen ist, kommt gleichzeitig aus Frankreich die Nachricht, daß dort an einzelnen Stellen die Kastanien zu einer zweiten Blüte gekommen sind.

O Schiffungslück in der Irischen See. Wie aus London gemeldet wird, ist der Dampfer "Rowan" auf der Fahrt von Glasgow nach Dublin im Firth of Clyde bei einem Sturm nachgegangen mit zwei Dampfern zusammengetroffen und untergegangen. Nach einer amtlichen Meldung hatte der untergegangene Dampfer 56 Fahrgäste und 37 Mann Besatzung an Bord. Vermischt werden drei Fahrgäste und 13 Mann der Besatzung.

O Raubüberfall im Eisenbahnzug. Auf der Fahrt von Dortmund nach Hamm ist auf einem Kaufmann ein Raubüberfall ausgeführt worden. Ein Mann, der mit ihm in einem Abteil zweiter Klasse fuhr, versuchte ihn zu bestören.

O Brieftausch mit 40 000 Wert zu entrichten. Der Kaufmann, der sich energisch zur Wehr setzte, erhielt von dem Attentäter einen Messerstich. Es gelang ihm dann, die Kostümreste zu ziehen und den Zug zum Halten zu bringen. Dem Räuber gelang es, die Brieftasche zu rauben und aus dem Zug zu springen. Er ist im Dunkel der Nacht entkommen.

O Salzaustrausch in Norden. Die Stadt Norden feiert seit einigen Tagen im Zeichen des Salzaustrausches. Die Einläufe des Belgier und Holländer haben ganz ungewöhnliche Formen angenommen, die die Bevölkerung stark zu beeindrucken beginnen, da sie nicht nur auf Zurrus gegenstände beschränkt, sondern auch auf die wichtigsten Bedarfsgüter ausdehnen. Es sind selbst lebensnotwendige Waren ausverkauft. Vor vielen Geschäften stehen die großen Lastautos belgischer oder holländischer Speditionssfirmen, die mit Artikel aller Art beladen werden. In vielen Läden sind fast nur ausländische Güter zu hören. Die Preise steigen täglich. Röhliche Erscheinungen wurden gemeldet.

Todesstrafe für Getreidehieber.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen hat einen Antrag bei der Reichsregierung gestellt, ein Gesetz einzubringen, das Todesstrafe für Getreideverschwendungen ins Ausland vorstellt. Auch gegen Getreidehieber im Innland soll energisch Front gemacht werden.

O Im Interesse der vielen Brachliegenden sei an dieser Stelle nochmal ganz besonders auf das Interat des Herrn Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

— Redaktion: Robert Götz, Druck und Verlag Götz & Sohn in Naunhof —

(Albrechtshain)
Dieses E
Ges
für de
ohne
Gewo
heiner

Nummer

Allgem. C

Die Ge
Grimma-Land
Montag, be
wegen Reinigu
Dringlich
1921 in der 3

Al

* Der Gesen
sen Fleisch und
Solen zugelassene
periode die wi
werden soll.

* Der deutsc
London Vorhe
reizung Oberse

* Das Reich
oberösterreichische
Kabinett werbe

* Die Meilen
bei einem ung
lich zurücktreten

* König Alex
zu verzichten.

Der

In Paris
Wird durch
treter noch im
daß für uns
lassen. Herr
waren beauftr
schwere wirts
oberösterreichischen
sie beabsichtigt
innerpolitische
das Kabinett
daß weber das
der Abkommen
aufrecht zu erb
besten Teilen
schafter wurden
und Paris an
Vorland sehr f
halber an unb
lutz und trock
fallen werbe, u
noch irgend w
die Vertreter

Es wird a
men mußte. D
destens ebenso
Rat zu erwarten
Ententeclager si
gebracht w
aber kann man
Unparteilichkeit
Entscheidung g
Deutschland be
gültigen Lösun
widerrufen. Da
die Blätter der

dingß ungleich
gang vom "fa
französisch-poln
stände vollziehe
find schon dabe
sich herüberzuza
französischen E
schlagen! Da
Brand gestern
drückt hatte, a
von gewöhnlic
preußischen W
liche Vorteile s
Komödie spielt
Gründe nur di
und sein Land
pflichtungen zu
so möge er nur
reich keine Trä
Versuch machen
muden, man w
Segnung des R
werde sich dann

Man sieht a
che Weibode, m
herren Simons
matum widerfe
das Abkommen
unter den Fri
wurde. Der Ra

Gastspiel erster Berliner Bühnen-Künstler.

Hotel Goldner Stern in Naunhof
Dienstag, den 11. Oktober 1921
Einmaliges Operetten-Gastspiel!

Die Scheidungsreise.

Operette in 3 Akten von Leo Walther Stein.
Musik von Hugo Hirsch.

Hauptschlager: „Wer wird denn weinen, wenn
man auseinandergeht“.

In Berlin 380 Aufführungen!

Preise der Plätze: Sperrsit. 7 Mk., 1 Platz 5 Mk.,
2. Platz 4 Mk., Galerie 3 Mk.

Steuer wird extra erhoben.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. d. Vorstell. 8 Uhr.
Oskar Pitschel und L. Brodeck.
Vorverkauf im Hotel „Goldner Stern“.



Henko
Drehöl-Wachs.
Bleich-Soda
anwendung für Gläser und Haarspangen
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

henkels Fabrikate
sind im Engroshandel zu
beziehen durch die Firma
Alfred Bislich,
Naunhof-Leipzig, Tel. 136.

**Hente frischen
Kabeljau**
pfd. 3.— Mk.
Pöklinge
empfiehlt Kurt Wendler.

Spinat Pfund 50 pf.
zu verkaufen
Metzgerstraße 1, 1 Fr.

Geschäfte
aller Art kaufen und verkaufen
Hausschmann
Leipzig, Täubchenweg 77b.

Wieder eingetroffen: Nessel, breit
Kostümstoffe, sehr billig. Kleiderstoffe
für Kinder, Handtücher, Hemdentücher,
Körperbarchent und Röhrbarchent.
Große Auswahl in Schürzen.
Frau E. Dietrich, Wurzenerstraße 53.

Ata
Henkel's
Scheuerpulver
putzt
reinigt
Alles!



Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Ofen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden,
Hersteller: Henkel & Cie Düsseldorf.

Bekanntmachung der Luk!

Wir geben hierdurch bekannt, daß wir mit dem
heutigen Tage die Geschäftsräume unserer
Hauptgeschäftsstelle von Bornab Leipzig, Leipzig
24 nach unserem eigenen Grundstück:

Borna, Brauhausstraße 1

verlegt haben

Licht und Kraft G.m.b.H.

Borna Bez. Leipzig.

Gewerbeverband, Ortsgruppe Naunhof

Morgen Mittwoch, den 12. Oktober ab 8 Uhr
Versammlung im goldenen Stern.

Tagesordnung: Gemeinderatswahl.

Reichsvereinigung chem. Kriegsgesangenen
Morgen Mittwoch, den 12. Oktober

Versammlung im Ratskeller.

Salatgurken

gibt ab
Paul von Bleichert'sche
Gärtnerei Klinga.

Junges Ehepaar sucht per
1. od. 15. Dezember 1 oder 2

leere Zimmer.

Angebote u. "E. G. 360"
a. d. Egp. ds. Blättes erden.

Einsch
möbliert.
von Herrn für sofort zu mieten
gefucht!
Offerlen "D. Pl." Egp. d. Bl.

Größ. prakt. Kaninchenstall
auch zu anderen Zwecken pol-
lend, steht preiswert zu verkaufen
Gartenstraße 42, II.

Junge Hühner

Minorka verkauft
Breitestraße 17.

Zukunft!

Glück, Gesundheit, Leben, Charakter, Schicksal, Geschäft und
Streben, Freundschaft, Freiheit, Glück, berechte ich
aus der Sterne Blick. Senden
Sie mir Geburtstag und Jahr,
so lage ich Ihnen was komm
und was war. Preis 8 Mark,
Nachnahme Mk. 1.50 mehr.
Viele Dankeschreiben. Barkow
Hannover-Wülfel B. 1197.

Zwei österr. Milchfahne
zur Zucht zu verkaufen
Wiesenstraße 28.

Dank.

Allen, die meinen lieben Lebens-
kameraden, unseren guten Vater, Groß-
und Schwiegervater den Oberpostchaffner

Herrn Karl Knorr

im Tode ehrten, sei nur hierdurch herz-
lichst gedankt.

Naunhof, den 8. Oktober 1921.

Louise verw. Knorr
nebst Angehörigen.

Universal - Bruchband

fragen, das für Erwachsene u. Kinder, wie auch jedem Leidenden entsprechend herstellbar ist. Mein Spezialist ist zu sprechen am Mittwoch, den 12. Okt. mitt. v. 4½—6 und Donnerstag, den 13. Okt. morg. v. 9—2½, in Borsdorf Bahnhof Stadt Leipzig Mittwoch, den 12. morg. v. 8—1½, in Wurzen Hotel Pippig Freitag, den 14. morg. v. 8—12 in Brandis Hotel Ratskeller mit Muster vorerwähnter Bänder, sowie mit W. Gummi und Feder-Bändern neuesten Systems, in allen Preistufen, anwesend. Muster in Gummi, Hängeleib-, Leib-, Umstands-, Muttervorfall- und Mastdarmvorfall-Binden, wie auch Geradehalter, Krampfaderstrümpfe und Suspensorien stehen zur Verfügung. Nieden fachgemäßer Verkaufsware auch gleichzeitig streng **diskrete** Bedienung. Anwendungsschreiben siehe zur Verfügung.

Ph. Steuer Sohn,
Spezial-Bandagen- und Orthopädie-Fabrikation Konstanz
in Baden, Wessenbergstraße 15/17. : Telephon 515.

Zweiter Markthelfer
17 bis 19 Jahre alt, fleißig und ehrlich, geübter Radfahrer
sofort gesucht.
Alfred Bislich, Agentur u. Großhandlung, Gartenstr. 28.

Düngerstreuer
neu, einmal gebraucht, Einspanner, 2 m breit, aus Gegentrechnung
für 1250.— Mk. (heutiger Wert 3250.— Mk.) in Grimma
liegend, sofort verkauflich. Richter, Richter, Richter bei Grimma.
Sind Sie schon Leser des Buch-Romans?